

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene
Zeilenzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsan-
gebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metall-
arbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366
und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zu-
schriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 33

Duisburg, den 15. August 1925

26. Jahrgang

Willkommen in Osnabrück!

Nach sechszwanzigjährigem Bestehen unseres Verbandes findet in diesem Jahre zum erstenmale die Generalversammlung im Norden unseres Vaterlandes statt. Aus allen Teilen Deutschlands eilen die Delegierten zum sagenumwobenen Osnabrück, in dessen Mauern die elfte Generalversammlung unseres Verbandes tagen soll.

Fulda, der Tagungsort der zehnten Generalversammlung und Osnabrück haben viele Berührungspunkte miteinander. Fulda ist bekannt und berühmt durch den hl. Bonifazius, der von dort aus das Christentum in die deutschen Gauen trug, auf dessen Boden viele Jahrhunderte später die christlichen Gewerkschaften ihr Gebäude errichteten.

Auch Osnabrück läßt sich in seiner Geschichte bis in die Zeit des hl. Bonifazius zurückverfolgen. Hier war es der Sachsenherzog Wittekind, der sich mit seinen Getreuen hartnäckig dem Vordringen des Christentums widersetzte, bis Karl der Große ihn im Jahre 787 in der Schlacht an der Hase besiegte, in Osnabrück eine Kirche baute und den Friesen Wiho als Bischof von Osnabrück einsetzte. Viele, z. Teil von Sagen umwobene Denkmäler erinnern noch an diese Zeit, so die Karlsteine in der Nähe Osnabrücks, an denen Karl der Große dem Herzog Wittekind die Allmacht Gottes bewiesen haben soll. Unweit davon weist die lateinische Inschrift eines steinernen Kreuzes darauf hin, daß hier das erste Messopfer im Hasegau dargebracht wurde.

Als christliche Kulturstätte geniest seitdem Osnabrück einen besonderen Ruf. Neben der Kirche gründete Karl der Große auch eine Schule, auf die das noch jetzt blühende, früher bischöfliche, jetzt staatliche Gymnasium Carolinum seinen Ursprung zurückführt. Besfruchtendes, geistiges Leben strömte von hier aus in die Lande und bald siedelten sich Handwerker und Gewerbetreibende an. Schon im Jahre 889 unter König Arnulf soll Osnabrück Markt-, Münz- und Zollrechte erworben haben. So blühte Osnabrück bald mächtig empor, geriet jedoch wegen der steten Bestrebungen der Bürger, die Freiheit, Selbstständigkeit und vor allem das Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten sich zu erhalten, in Gegensatz zu dem Landesherrn. Durch die Natur begünstigt, an den Vorbergen des Teutoburgerwaldes und des Wiehengebirges liegend, entwickelte sich Osnabrück bald zu einem ansehnlichen Handelsplatz, dessen Ansehen und Bedeutung durch den Anschluß an die Hanse noch erweitert und gefestigt wurde. Konnte die Stadt so unter tatkräftiger Leitung einer Reihe zielbewußter und willensstarker Männer, gestützt auf den ruhigen, dem inneren Zwist abholden Sinn als auch auf die als sprichwörtlich bekannte Treue der Bürgerschaft wirtschaftlich schnell emporsteigen, so hatte sie doch schwer unter Kämpfen zu leiden, welche von äußeren Feinden an sie herangetragen wurden.

Während in der ersten Zeit raublustige Nachbarn, vor allem der Graf von Tecklenburg die ruhige Entwicklung des östlichen fürsten, waren es später die Religionskriege, vor allem der dreißigjährige Krieg, welcher geradezu verheerend für Osnabrück wirkte. Zwei Jahrzehnte hindurch sah Osnabrück abwechselnd den einen, dann den andern Teil der feindlichen Heere in seinen Mauern, die nach Herzenslust brandschatzten bis nach vierjährigen Verhandlungen, die zum Teil in dem noch heute bestehenden Rathausjaale geführt wurden, am 6. August 1648 der segnen Osnabrücker Friede, dem bald der Westfälische folgte, diesem Treiben ein Ende machte. Für Osnabrück brachte derselbe u. a. die Bestimmung, daß abwechselnd ein katholischer und ein evangelischer Bischof, letzterer aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg, an der Spitze des Landes stehen sollte. Handel und Gewerbe blühten langsam wieder auf, doch gar bald brach die napoleonische Zeit herein mit all ihrem Jammer und abermals erlahmte das emporstrebende Leben Osnabrücks. Der Wiener Kongreß schuf endlich wieder feste Verhält-

nisse, Osnabrück wurde hannoversche Provinzstadt, nachdem es vor-
dem oft den Landesherrn hatte wechseln sehen.

Interessant wie die politische Geschichte ist auch die soziale und
wirtschaftliche Geschichte der Heimat.

In nebelgraue, vom Dämmerlicht der Geschichte schwach erhellt
Zeiten weisen die ältesten Spuren gewerblicher Tätigkeit. Wohl
am weitesten zurück lassen sich die Spuren der Eisenverarbeit-
ung verfolgen. Bei Lengering und Jburg, bei Laggenbeck und
Ibbenbüren wurden die sogenannten Rennfeuer — dies sind
Schmelzöfen primitivster Art — gefunden. In diesen Öfen konnte
nur das beste, fast chemische reine Eisenerz über dem Feuer der Holz-
kohle geschmolzen werden. Das gewonnene Eisen war nur für
Schmiedewecke zu verwenden. Gusseisen herzustellen wurde nur
möglich, als man dazu übergang, Holzkohlen-Hochöfen zu errichten.

Industrie

Christoph Wieprecht

O liebster Gang du, wenn die Lichter schauen
Auf meine glutumkränzte Eisenwelt!
Dann fühl' ich nicht das tiefe Erdengrauen —
Ich sehe vor mir jeden Pfad erhellt.

Und in die goldgestirnten Himmelsfluten
Wälzt sich der Eisentürme Kuppelbau;
Die Dofen senden rote Lebensgluten
Wie ein Gebet hinauf ins tiefste Blau.

Ich bete mit — wie in den Kindertagen —
Ein Staunen ist es, das mich heiß umwirbt;
Es ringt der Geist mit düsterem Verzagen —
Und Neues lebt in mir; das Frühe stirbt.

Wie alles stirbt, das seinem Zweck entzogen,
Das wir als Lebenswunder groß geschaut. —
Wir sinken nicht — wir heben uns nach oben
Mit jedem Wellenschlag, vor dem uns graut.

Die ersten Öfen dieser Art wurden in hiesiger Gegend im 17.
Jahrhundert aufgeführt. Die Möglichkeit, größere Mengen Eisen
zu produzieren, war nun gegeben. Die Verarbeitung der einheimi-
schen Eisenerze bot jedoch auch nun infolge der unzulänglichen Tech-
nik des damaligen Schmelzprozesses und infolge des zum Teil nicht
gerade einwandfreien Erzmateriale manche Schwierigkeiten.

Bemerkenswert für die damalige Betriebsweise der Eisenhütten
ist, daß man nach alten, glaubhaften Ueberlieferungen zur Zeit
der Ernte, auch wohl zu andern Zeiten, wenn keine Aufträge vor-
lagen, die Öfen zeitweilig stilllegte. Die Friedrich-Wilhelm-Hütte
zu Gravenhorst wurde früher regelmäßig zur Zeit der Ernte außer
Betrieb gesetzt, die Arbeiter der Hütte wurden dann wieder Land-
leute und Landarbeiter. Nach beendeter Ernte wurde der Hoch-
ofen vom Pfarrer der Gemeinde am Tage des Ernte- und Hütten-
festes gesegnet und unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung
wieder seiner Bestimmung gemäß in Betrieb genommen.

Diese Zeiten sind nun schon lange und auch wohl unwiderruflich
für immer dahin. Die Steinkohle hat die Holzkohle verdrängt und
mit der Holzkohle schwand auch der den bescheidenen Bedürfnissen
einer vergangenen Zeit genügende Holzkohlen-Hochofen dahin. Nicht

mehr in verborgenen, weltentlegenen und waldumrauschten Tälern,
sondern in industriereichen, mit Fördertürmen, Gasometern, mäch-
tigen Eisenhallen und Betonbauten erfüllten Gegenden flammen
heute die manchen zerstörenden aber doch recht eigentlich ein modernes
frisch pulsierendes und internationales Völkerverleben erst ermöglichenden
Hochofengluten. Selten trifft man heute ein großes modernes
Hüttenwerk, das hineingebaut wurde in den großen Garten einer
freien und frischen Berg- und Waldnatur.

Das in hiesiger Gegend, von einem Kranz von Dörfern um-
rahmt, freiliegende große Hüttenwerk, die Georgs-Marien-Hütte,
ist ein zum Teil modernes in den Jahren 1856—1858 erbautes
Werk. Als Protektor fungierte bei der Gründung des Georgs-
Marien-Vereins der damalige König von Hannover, Georg V.
Das in Beckerohe bei Hageln gelegene Holzkohlen-Hochofenwerk der
Firma Jul. Meyer wurde im Jahre 1856 von der Georgs-Marien-
Hütte angekauft. Zu diesem Werke gehörten auch eine Eisen-
gießerei nebst Walzwerk und auch umfangreiche Eisensteinfelder in
der Nähe. Daneben erwarb der Verein auch die Berechtigung zum
Abbau der Kohlenvorkommen in Düttetal. Der in der Nähe
von Desebe angelegte Schacht erhielt den Namen „Stüdauf-
Schacht.“

Der Betrieb in den Neuanlagen des Georgs-Marien-Vereins
wurde im Jahre 1858 aufgenommen.

Durch Uebernahme des Osnabrücker Eisen- und Stahlwerks
wurde der Betrieb noch erweitert. Heute gehören beide Werke der
Klödnerwerke A. G. an. Außerdem befinden sich in Osnabrück
eine Reihe anderer Werke — Maschinenfabriken — Eisengießereien
— Kupfer- und Drahtwerk — Messerfabrik u. s. w. — welche
z. T. durch Kongerne mit den Werken des rhein.-westf. Industrie-
gebietes verbunden sind. Dazu kommen noch Werke anderer Indu-
striezweige, sodaß Osnabrück über eine ansehnliche Industrie ver-
fügt.

Mit der Entwicklung der Industrie ging auch die des gewer-
schaftlichen Gedankens in der Arbeiterschaft vorwärts. Bereits im
März 1898 schloß sich die Arbeiterschaft des Riesberges dem Ge-
werksverein christl. Bergarbeiter an, dessen Führer, August Brust,
schon im gleichen Monat den ersten Streik gegen den Georgs-
Marien-Bergwerks- und Hüttenverein zu führen hatte. Im Jahre
1901 schlossen sich dann eine Anzahl opferfreudiger Kollegen unter
dem Banner des christlichen Metallarbeiter-Verbandes zusammen
und arbeiteten bis heute in altgewohnter Frische an dem weiteren
Ausbau und der Erstarbung unserer Ortsverwaltung. Zwar liegen
die einzelnen Gruppen weit verstreut, doch ein Band echter Treue
und wahrer Hingebung für unsere Sache verbindet alle.

Als das Samenkorn unseres christlichen Metallarbeiterverban-
des in die Erde des Osnabrücker Landes gesenkt wurde, ahnte man
wohl kaum, daß einmal solch ein kräftiger Baum daraus werden
würde. Aber die treue Arbeit unserer Kollegen am Ort, die echte
niederdeutsche Fähigkeit hat manche Hindernisse überwunden. Wenn
auch noch manches zu tun bleibt, die Osnabrücker Kollegen werden
ihren Brüdern in anderen Städten in der Arbeit für unsern
christlichen Metallarbeiterverband nicht nachsehen.

So sehen wir nun mit Freude den Tagen entgegen, an denen
die Delegierten und Gäste zu eifriger Verbandsarbeit in unserer
Mitte weilen. Sind es auch nicht viele und schwungvolle Worte,
die der Niedersache seinen Freunden und Gästen als Willkommens-
gruß darzubringen hat, so schlägt doch das Herz um so inniger und
wärmer den Kameraden entgegen. Ein kräftiger Händedruck be-
segelt die wahre Bruderliebe und die Treue zur heiligen Sache.
Wir als Metallarbeiter rufen deshalb allen denen, die zur
elften Generalversammlung nach Osnabrück eilen, ein herzlich
Willkommen entgegen.

Ludwig Bredow (Osnabrück).





Stimmen zur Generalversammlung

Arbeiterlöhne und Beamtengehälter.

Unter den Anträgen, die zum 11. Verbandstag gestellt worden sind, befindet sich auch einer, der verlangt, daß der Vorstand des Verbandes beim Deutschen Gewerkschaftsbund dahin wirken soll, daß Grund- oder Vorklässe für die Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und der Reichs- und Staats- und Gemeindebeamten aufgestellt werden sollen.

Die Frage der Beamtengehälter hat in der öffentlichen Diskussion, insbesondere aber auch in unseren Gewerkschaftsversammlungen des letzten Jahres keine unerhebliche Rolle gespielt. Unsere Kollegen weisen nicht mit Unrecht bei Berichten über die Lohnverhandlungen immer wieder darauf hin, daß die Argumente gegen eine weitere Lohnsteigerung doch wohl nicht stichhaltig sein könnten, da man ja auf der anderen Seite den Staats- und Gemeindebeamten Gehälter zähle, die weit über diejenigen Sätze der vergleichbaren Angestellten der Industrie und der Arbeiter hinausgingen. Man bemerkte weiter, daß die Beamtengehälter mehr auf dem Posten seien, als die Arbeitergehälter.

Wie liegen die Dinge?

Vor dem Kriege stand die Facharbeiter der Metallindustrie bezüglich der Entlohnung mit den Gehältern der Beamten der IV. bis VI. Befoldungsgruppen gleich. Besondere Qualitätsfacharbeiter erreichten Einkommen, die über die Bezüge der genannten Befoldungsgruppen hinaustraten. Wenn man sich heute eine Befoldungsordnung irgend einer Gemeinde ansieht, so kommt man ohne weiteres zu der Überzeugung, daß nur die Beamten gegenüber allen anderen arbeitnehmenden Schichten in der Lage waren, ihre Einkommensverhältnisse der teureren Lebenslage anzupassen. Die Beamtengehälter versuchen nun aber immer wieder, den Regierungen, Parlamenten und der breiten Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß besonders die in den unteren Befoldungsgruppen einrangierten Beamten als besonders notleidend angesprochen werden könnten und verlangen daher eine weitere Erhöhung ihrer Bezüge. Daß es noch Staats- und Gemeindebeamten und Angestellten gibt, die eine Aufbesserung ihrer Bezüge notwendig haben, wird auch von Arbeiterseite nicht bestritten. Aber in einer Zeit, wo große Arbeitermassen der Industrie und des Bergbaus mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. zu tun haben und viele vollbeschäftigte Arbeiter ein viel geringeres Einkommen erzielen als die Beamten, selbst der alleruntersten Befoldungsgruppen, heißt es unverantwortlich von den verantwortlichen Stellen gehandelt, wenn in dieser Zeit der allgemeinen Not die Steuergrößen von selbst durchaus ungenügend entlohnten Arbeitern benutzt werden, um den finanziell bedeutend besser gestellten Beamten ihre Bezüge zu erhöhen. Welche Besorgnis um das Wohl der Beamten bei den maßgebenden behördlichen Stellen vorhanden ist, sieht man an der Erhöhung der Haussteuer, die zur Hälfte für Finanzzwecke, vornehmlich also zur Gehaltsregelung für die Beamten verandt werden soll. Leider hat es bisher noch keine politische Partei gegeben, die gegen eine weitere Erhöhung der Beamtenbezüge Stellung genommen hat. Keine Partei, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, hat bisher den Mut aufgefaßt, gegen uneres Erachtens ungerechte Befoldungsmaßnahmen aufzutreten, weil jede Partei Nachteile für die nächsten Wahlen befürchtet. Nicht allein die gewerkschaftliche Macht der Beamtenorganisationen bringt für die höheren Beamten Gehälter zustande, sondern hauptsächlich der politische Parteiführer, der Rücksicht nehmen muß auf die Beamtenwählerschaft. Da die Arbeiterbewegung, auch die schlechtest bezahlte, aber zum guten Teil die Kosten für die Gehälter der Beamten mit zu tragen hat, muß sie solange eine weitere Erhöhung der Beamtenbezüge ablehnen, bis unsere Wirtschaft und unser gesamtes Volksleben in der Lage ist, den vergleichbaren Arbeitnehmern der Privatindustrie eine gleich hohe Bezahlung zukommen zu lassen. Bei gleicher Bezahlung für gleichwertige Kräfte wird dann noch jeder Staats- oder Gemeindebeamte usw. gegenüber dem Arbeitnehmer in der Privatindustrie erheblich im Vorteil sein. Meist besteht für die Beamten eine kürzere Arbeitszeit, dazu ein Erholungsurlaub, der doppelt und dreifach soviel ausmacht, wie bei den Arbeitern. Ferner hat der Beamte nicht mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und daraus entstehendem geringeren Einkommen zu rechnen. Die Gehälter bleiben gleich, auch bei schlechtem Geschäftsgang. Außerdem hat der Beamte nach getaner Arbeit einen gesicherten Lebensabend in Form von auskömmlicher Pension zu erwarten. Vor dem Kriege gab es genügend Beamte, die gern auf ein Einkommen, wie es der Industriearbeiter erzielte, verzichteten, weil gesicherte Existenz und Aussicht auf Pensionierung den Ausschlag für sie gab. Gegenwärtig reicht der Lohn des bestqualifizierten Arbeiters, ja selbst des Akkordarbeiters, nicht an das Gehalt der alleruntersten Gehaltsklasse der Beamten heran.

Auf Kosten auch der minderbemittelten Volkskreise, Steuern aller Art, höhere, gesteigerte Wohnmieten, eine in gegenwärtiger Zeit untragbare Befoldungspolitik zu machen, müßte der Deutsche Gewerkschaftsbund energig bekämpfen. Auch die Arbeitgeberseite weist in der letzten veröffentlichten Denkschrift an die deutsche Reichsregierung darauf hin, daß die Gehälter vergleichbarer Angestellten in Staat und Gemeinden um 50 Prozent höher künden, als in der Industrie und hält eine Fortführung der bisherigen Befoldungspolitik im Interesse der Wirtschaft für verfehlt. Man könnte hier der Auffassung sein, daß die Industrie ja in der Lage wäre, Löhne und Gehälter entsprechend auszugleichen, aber selbst staatliche Beamte erklären bei den Schlichtungsverhandlungen, daß eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter in der Industrie nicht tragbar sei. Die gleichen Beamten sind aber damit einverstanden, daß die Gehälter der Staats- und Gemeindebeamten weiter erhöht werden, die hoch von den Steuerzahlern aller Schichten aufgebracht werden müssen.

Wie können wir von unserer Arbeiterschaft Zufriedenheit über ihre wirtschaftliche Lage verlangen, wenn sie sieht, daß nur ihnen die Löhne angehört werden, andere aber auf Kosten der Steuerzahlenden Bürger sich Vorteile zu erringen suchen. Nachstehende Gegenüberstellung ergibt ein Bild von den bei der Stadt Essen gezahlten Beamtengehältern und den Metallarbeiterlöhnen:

A) Löhne im Monat Mai 1925 bei 240 Arbeitsstunden für Metallarbeiter, verheiratet mit 2 Kindern (also einschließlich sozialer Zulagen:

Akkordarbeiter nur im Zeitlohn	Facharbeiter, Schlosser, Dreher im Zeitlohn	Qualitätsfacharb. Angelernter, Werkzeugschmied nur im Zeitlohn	Schlosser, Dreher im Akkord
Ga.: 136,80 M.	170,40 M.	194,40 M.	199,20 M.

B) Beamtengehälter im Monat Mai 1925, ebenfalls verheiratet mit 2 Kindern: Befoldungsgruppe I (Wächter, Wärter und bergleichen):

Anfangsgehalt		Endgehalt	
Grundgehalt	M. 75,50	M. 129,—	
Wohnungsgeld	23,—	35,—	
Befoldungszulage	5,60	5,60	
15% besondere Zulage	14,77	21,60	
Frauentgelt	13,80	13,80	
Kindergehalt	46,—	46,—	
	M. 209,15	M. 231,—	

Gruppe III (Stadtboten, Maschinenschreiber usw.):

Anfangsgehalt		Endgehalt	
Grundgehalt	M. 90,—	M. 129,50	
Wohnungsgeld	35,—	35,—	
Befoldungszulage	5,60	5,60	
15% Zuschlag	18,75	24,62	
Frauentgelt	13,80	13,80	
Kindergehalt	46,—	46,—	
	M. 209,15	M. 254,57	

Gruppe VI (Sekretäre usw.):

Anfangsgehalt		Endgehalt	
Grundgehalt	M. 149,50	M. 223,—	
Wohnungsgeld	48,50	48,50	
Befoldungszulage	5,60	5,60	
15% Zuschlag	29,70	24,62	
Frauentgelt	13,80	13,80	
Kindergehalt	46,—	46,—	
	M. 293,10	M. 377,62	

Die vorstehenden Löhne der Metallarbeiter sind einwandfrei festgestellt und stellen das Gesamteinkommen der Metallarbeiter dar. Es ist zu beachten, daß es sich hierbei zum Teil um Akkord- und Qualitätsfacharbeiter handelt. Durchschnittlich entfallen auf jeden Arbeiter im Bergbau sowohl als auch in der Metallindustrie zwei Kinder, so daß das Einkommen des Arbeiters mit zwei Kindern mit dem Beamten, der ebenfalls zwei Kinder hat, verglichen werden muß.

Da viele Metallarbeiter 10, 20, ja 30 Jahre bei der gleichen Firma beschäftigt sind, also genau so lange, wie die Beamten, die die Endgehälter beziehen, dürfen auch nicht die Anfangs- sondern die Endgehälter mit den Arbeiterlöhnen verglichen werden. Außerdem heben wir hervor, daß die Tätigkeit eines Qualitätsfacharbeiters wohl sehr gut mit der Tätigkeit eines Beamten in den Gruppen IV bis VI verglichen werden kann.

Aber selbst die Qualitätsfacharbeiter bleiben mit ihren Löhnen hinter den Gehältern der Befoldungsgruppen I noch ganz erheblich zurück.

Es ist nicht notwendig, daß sich unsere Generalversammlung eingehend mit dieser Frage befaßt. Es kommt in der Hauptsache darauf an, daß der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt wird, sich Klarheit über die Löhne und Gehälter der ihm angehörenden Mitglieder zu verschaffen. Wenn die bisher geübte Befoldungsmethode weiter gelobt wird, werden wir zu einer ruhigen Entwidlung in der Arbeiterbewegung und auch in der Wirtschaft nicht kommen.

Ausbau und Aenderung der Sozialversicherung.

Zu dieser Frage ist der Stoffumfang aus den einzelnen Verwaltungsstellen außerordentlich umfangreich. Besonders wichtig wird es sein, die Anträge zur Alters- und Invalidenversicherung herauszugreifen. Hier wird neben anderem beantragt:

1. Erhöhung der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenpensionen.
2. Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.
3. Ausgestaltung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu einer Alters-Pensionversicherung.

Diese drei Kernfragen der vorliegenden Anträge sind für die gesamte Arbeiterchaft und insbesondere für die der Großindustrie von solch wichtiger Bedeutung, daß die Generalversammlung sich ernsthaft mit diesen Anträgen beschäftigen muß. Es ist ja auch nicht das erste Mal, daß unsere Generalversammlung sich mit der Altersversorgung der Arbeiterschaft befaßt, sondern bereits auf der 5. Generalversammlung im Jahre 1908 war diese Frage Gegenstand eingehendster Beratung. Damals galt der Kampf vornehmlich den Wertspensionsstellen. Sie wurden als Ausfluß ganz besonderen Wohlwollens der Unternehmer den Arbeitern gegenüber betrachtet.

Der Grundgedanke solcher Pensionsstellen, die Arbeiterschaft in den Tagen des Alters und der Invalidität vor der bittersten Not zu bewahren, ist zweifellos gut und richtig, aber das war nach dem Willen der Arbeitgeber, nicht Sinn und Zweck der Einrichtung, sondern man wollte durch diese Einrichtungen die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch vom Arbeitgeber abhängig machen.

Es braucht nur an den Kampf von 1908 erinnert zu werden, den der Christliche Metallarbeiterverband gegen die Firma Krupp in Essen geführt hat. Das in diesem Prozeß zutage geordnete Material war so außerordentlich wertvoll,

so daß in der Nachfolgezeit es der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung gelang, die Freizügigkeit und Unabhängigkeit zum Teil wieder herzustellen.

Ungeheure gewerkschaftliche Arbeit war notwendig, um in diese Feste der Arbeitgeber Brosche zu schlagen.

Nun kam der Krieg, der diese Arbeit zum Teil unterbrach. Die dem Kriege sich anschließende Inflation (1923) machte die Hoffnungen der Arbeiter, aus ihren Wertspensionsstellen wirkliche soziale Altersversicherungen zu schaffen, vollends zunichte. Das durch den staatlichen Zwang mündelsicher angelegte Vermögen wurde vollständig vernichtet.

Trotz und alledem versuchte die Arbeiterschaft die letzten kümmerlichen Reste zu retten, um hiermit den Neuaufbau der Wertspensionsstellen zu vollziehen; aber da zeigte sich das wahre Herz der Arbeitgeber, jetzt hatte man kein so großes Interesse mehr an den Wertspensionsstellen. Darüber sind sie sich klar, daß die Säugungen solcher Kästen ein anderes Aussehen haben werden als bisher.

Ob und inwiefern nunmehr nach Verabschiedung der Aufwertungsgesetze die Möglichkeit des Neuaufbaus der Wertspensionsstellen besteht, muß den örtlichen bzw. werkschaftlichen Verhältnissen überlassen bleiben.

Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 sagt im Par. 68 Abs. 1 folgendes: „Die Aufwertung von Vermögensanlagen darf 25 vom Hundert des Goldmarkwertes nicht übersteigen.“ Dann heißt es in Absatz 2, Ziffer 6: „Als Vermögensanlagen im Sinne des Abs. 1 gelten nicht Guthaben bei Fabrik- oder Wertsparskassen sowie Ansprüche an Betriebspensionskassen (§ 64).“ Die Vorschrift, das die Guthaben und Ansprüche kraft Gesetzes nicht Vermögensanlagen sind, gilt nicht, soweit die Mittel der Kasse aus freiwilligen Zuwendungen des Arbeitgebers herrühren; sie gilt auch nicht, sofern das Vermögen der Kasse gesondert vom Betriebsvermögen des Arbeitgebers zu verwalten und anzulegen war und verwaltet und verwaltet und angelegt worden ist.“

Der folgende § 64 sagt dann weiter:

„Über die Höhe der Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Wertsparskassen sowie der Ansprüche an Betriebspensionskassen entscheidet im Streitfall die Aufwertungsstelle.“ Die Reichsregierung wird ermächtigt, nähere Bestimmungen über die Abgrenzung des Begriffs der Fabrik- und Wertsparskassen, der freiwilligen Zuwendungen und der geforderten Verwaltung und Anlegung über den Ausgleich der Guthaben durch geleistete Zahlungen sowie über Zeit und Art der Ausschüttung der Guthaben, ferner über die Zusammensetzung und das Verfahren der Aufwertungsstelle zu treffen.“

Hier finden die Vertreter der Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Betriebsräte noch eine dankbare soziale Aufgabe.

Darüber hinaus muß die Generalversammlung zur Frage der Altersversorgung der Arbeiterschaft zusammenfassend und planvoll den Weg beschreiten, den die gestellten Anträge zur Generalversammlung beiseite angehen.

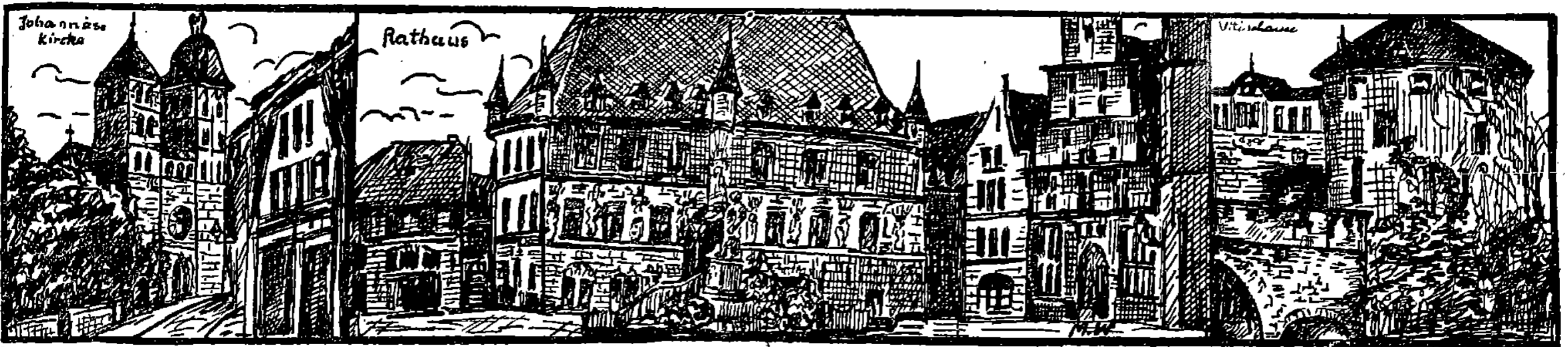
Wichtig erscheint mir auch der Antrag von Köln: „Zur Sozialversicherung insgesamt.“

Mag die Generalversammlung sich ihrer sozialen Aufgabe bewußt sein, dann wird es die Arbeiterschaft ihr danken. Die Fürsorge für das Alter wird eine der schönsten gewerkschaftlichen Arbeiten sein. Diesem Ziele mögen die paar Zeilen dienen.

Gewerkschaftliche Propaganda.

Erfreulicherweise hat ein großer Teil der Kollegen unseres Verbandes klar erkannt, daß die gegenwärtige Zeit des konzentrischen Anturmes der antizipalen Kräfte seitens der Gewerkschaften besondere Maßnahmen erfordert. Kollege Schmitz hat bereits in Nr. 30 unseres Verbandsorgans auf die Notwendigkeit vermehrter propagandistischer und erzieherischer Arbeit hingewiesen und für solche besondere Geldmittel gefordert. Eine Reihe von Kollegen haben diesem beachtenswerten Vorschlag zur Erziehung eines besonderen Bildungsjahres zugestimmt und es wäre zu wünschen, im Interesse der Arbeiter selbst, daß auch die Generalversammlung dieser Notwendigkeit sich nicht verschließt. Neben den bereits genannten Aufgaben propagandistischer und erzieherischer Natur wird in Zukunft bedeutend mehr getan werden müssen auch zur Stärkung und Sicherung unserer berechtigten Forderungen. Der Kampf um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat ganz neue Formen angenommen, auf die wir Rücksicht zu nehmen haben. Während vor dem Kriege bei dem Blütestand unserer Wirtschaft die Begründung unserer Forderungen an sich ziemlich leicht war, sehen wir uns jetzt einer Methode gegenüber, die man als Beeinflussung der öffentlichen Meinung, als Scharmachen des ganzen Volkes gegen die Arbeiter bezeichnen kann, einer Methode, die mit den raffiniertesten Mitteln und Berechnungen arbeitet, um jeden Arbeitersfortschritt mit Hilfe der öffentlichen Meinung zu verhindern. So wird die Wirtschaftsgesundung als unmöglich bezeichnet bei der gegenwärtigen Steuer-, Sozial- und Zinsenlast, bei den hohen Löhnen, der kurzen Arbeitszeit und der geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiter und in dieser Hinsicht mit Gott weiß welchen Statistiken gearbeitet. Ein recht großer, so der größte Teil der deutschen Presse gearbeitet, ein sehen auf jede Behauptung und Berechnung der Unternehmer und so wird eine Atmosphäre geschaffen, die der Arbeiterschaft alles andere als günstig ist und die jeden, selbst den notwendigsten Fortschritt ungemein erschwert.

Auf diese Tatsache müssen wir uns einstellen. Wir werden nur dann die notwendigen Erfolge bei unserer Gewerkschaftsarbeit buchen können, wenn wir diesen von der Unternehmerpropaganda künstlich geschaffenen Nebel der Antipathie gegen die „begehrlichen“ und mit ihrer Leistung zurückgehaltenen Arbeiterschaft zu zerstreuen in der Lage sind. Daraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit: Wir haben in der Folge statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Produktionsleistungen, Belastung der Betriebe mit unproduktiven Instanzen usw., Lohnanteil am Produkt, hygienische Einrichtungen im Betriebe usw. mehr denn je unser Augenmerk zu schenken. Die nächste Zeit



wird also in großem Maße der Materialbeschaffung gewidmet sein müssen.

Das erfordert indes nicht nur vermehrte Geldmittel, sondern auch die willige und ernste Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen. Die Generalversammlung wird also auch einen ersten Appell in dieser Hinsicht an alle Verbandsmitglieder zu richten haben. Wir Metallarbeiter wollen vorwärts und wir kommen vorwärts, wenn wir wollen. Und dieses Wollen wird Osnadbrill aufs neue bestätigen müssen.

S. Münster.

Der Vorschlag des Kollegen Schmick durch Erhöhung der Verbandsbeiträge einen besonderen Bildungsfonds zu schaffen, muß im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung unseres Verbandes abgelehnt werden. Ich pflichte den Kollegen Schümmer und Fischer darin durchaus bei, daß es unerlässlich notwendig ist, mit verstärkter Kraft an der Bildung unserer Mitglieder heranzutreten. Aber das braucht nicht unbedingt durch besondere Erhöhung der Beiträge zu geschehen. Die Hauptaufgaben des Verbandes bestehen nach Par. 2 des Verbandsstatuts in erster Linie in der geistlichen und gewerblichen Ausbildung seiner Mitglieder. Für die Erfüllung auch dieser Aufgaben werden die möglichen Verbandsbeiträge erhoben. In dem Maße wie die Bildung unserer Mitglieder Fortschritte macht, in dem gleichen Maße werden die Ausgaben für Unterrichtszwecke, besonders für Streiks usw. abnehmen. Was heute aus Verbandsmitteln für Bücher, Broschüren, Flugblätter, Zeitungsartikel usw. zur Bekämpfung schmerzhafter Maßnahmen oder für allgemeine Bildungsarbeiten ausgegeben wird, kommt dem Verband in agitatorischer Beziehung und in Erfüllung gewerkschaftlicher Pflichten wieder mehrfach zugute. Praktisch bedeutet der Vorschlag des Kollegen Schmick eine Beitragserhöhung von mindestens 10 % pro Woche. Eine Beitragserhöhung dürfte aber im gegenwärtigen Zeitpunkt unangebracht sein, da 1. die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder noch zu ungünstig ist und 2. auch die gegnerischen Organisationen niedrigere Beiträge als wir erheben.

Unsere gegenwärtige Beitragserhebung dürfte aber auch hinreichen für Ausgaben, die notwendigerweise für Bildungszwecke bestritten werden müssen. In denjenigen Gebieten unseres Verbandes, wo man redlich durch Inanspruchnahme von Streiks usw. dafür gesorgt hat, daß die Verbandskasse nie leer wurde, wäre allerdings eine Extra-Steuer angebracht.

Im übrigen haben weder der Verbandsvorstand noch die einzelnen Ortsgruppen einen Antrag auf Erhebung eines Sonderbeitrags gestellt, sodaß die Anregung des Kollegen Schmick wohl nett und schön ist, aber hoffentlich nicht durchgeführt werden wird.

S. R., Essen.

Der Lohnanteil am Fertigprodukt

Es ist eine beliebte Methode der Unternehmer, durch eine großzügige Werbespropaganda der Welt klar zu machen, daß insbesondere die „hohen Löhne“ der Arbeiter Grund und Ursache der jetzigen Wirtschaftskrise seien. Dabei steht fest, daß heute ein sehr erheblicher Teil der Arbeiterschaft sich in einer solchen Notlage befindet, daß sich selbst die Religionsgemeinschaften veranlaßt sehen, der Wirtschaft das soziale Gewissen zu schärfen. Zudem spielt in der Tat die Lohnfrage an sich eine untergeordnete Rolle, als dies nach dem Gehalt der Wirtschaft angenommen werden könnte. Der Lohnanteil am Preis des Produktes ist in der Regel lächerlich gering. In dieser Hinsicht sind die Untersuchungen des Textilfabrikanten Georg Vandauer über den Prozentfuß der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis in der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ nicht ganz uninteressant. Derselbe ging in einer süddeutschen Spinnerei, wo Akkordarbeit verrichtet wird, von 6,5 vom Hundert im ersten Halbjahr 1914 auf 2,6 im Dezember 1923

herunter und betrug im Dezember 1924 etwa die Hälfte des Preisanteils, nämlich 3,8 vom Hundert. Ähnlich liegen die Dinge bei einer zum Vergleich herangezogenen Weberei. Hier war im Jahre 1914 der Prozentfuß 12,6 vom Hundert, im Januar 1923 nur noch 5,3 vom Hundert und stieg dann im Dezember 1924 auf 6,3 vom Hundert. Der Verkaufspreis ging von 29,22 Pfennigen im Jahre 1914 auf 69 Pfennige im Dezember 1924 in die Höhe. In einer Kretonefabrik verminderte sich in der gleichen Zeit der Lohnanteil am Verkaufspreis von 18,1 auf 9,7 vom Hundert.

Dieses charakteristische Beispiel aus der Textilindustrie läßt die Behauptung in sich zusammenbrechen, daß ausschließlich die Löhne preistreibend wirkten. Die hohen Geschäftskosten haben vielmehr ganz andere Ursachen. Unter ihnen spielt eine wesentliche Rolle jene oft erwähnte Erscheinung, die der Geheime Rechnungsrat Bernau auf einer Generalversammlung der „Bank für Landwirtschaft“ treffend herausgestellt hat. Die schlechte Lage der Bank sei verursacht durch die unproduktiven Ausgaben für eine allzu große Zahl von Direktoren. Die verhältnismäßig kleine Bank habe nicht weniger als 5 Direktoren und 37 Aufsichtsratsmitglieder. Die Sanierung hätte mit einem wesentlichen Abbau der Direktoren und Verwaltungsratsmitglieder zu beginnen.

Solche Zustände sind nicht nur in der „Bank für Landwirtschaft“, sondern auch in vielen anderen Industriezweigen vielfach anzutreffen. In 260 der bedeutendsten Aktiengesellschaften sollen nach neueren Feststellungen Ende 1924 62 vom Hundert Direktoren mehr vorhanden gewesen sein, als Ende 1913. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Arbeiter nur um 1,83 vom Hundert. Dabei hält eigentümlicherweise die technische Vervollkommenung der Betriebe mit der Erhöhung der Zahl und Gehälter der Direktoren nicht gleichen Schritt.

Dazu noch ein anderes Beispiel: Ein benachbartes bekanntes Werk hatte im Frieden 2, heute 9 Direktoren. Das sind bei gleicher Arbeiterzahl 7 Direktoren mehr. Wenn wir dabei das „übliche“ Gehalt für untere Direktoren zugrunde legen, dann käme in diesem einen Falle eine Mehrbelastung von 700 000 M. in Frage. Mit dieser Summe wäre ein Aktienkapital von 10 Millionen Mark mit 7 Prozent verzinst. Hier wäre eine Nachahmung des Kruppischen Abbaubeispiels durchaus am Platze. Diese Ueberbesetzung finden wir indessen nicht nur bei den Direktoren. Es wurden auch in den Betrieben sonstwo Gott weiß welche neuen Stellen und Instanzen geschaffen. Die Konzernbildung drängte diese ungesunde Entwicklung ins Große, weil sie immer neue Spitzen und Verwaltungsapparate „brauchte“ und schuf. Im Handel ist es genau so. Alles drängt vor der unangenehmen Arbeit ab und wenn dann nachher der wichtige Ballast überflüssiger, unproduktiver Kräfte auf dem enger gewordenen Fundament der produktiven Arbeit ruht und schmerzhaft allen Nutzen zehrt, dann gelangen diese eigentümlichen Menschen noch zu dem Schluss: Ihr Arbeiter müßt mehr, müßt billiger schaffen! Und wenn wir uns gegen solche Unvernunft auflehnen, dann schreit man Zeter und Mordio über unser geringes wirtschaftliches Verständnis.

Was man es tun. Wir wissen, daß wir im Recht sind. Nicht eher wird die Wirtschaft wieder gesunden, bis man der ehrlichen produktiven Arbeit wieder die verdiente Bewertung und Achtung göhlt.

M. F.

Arbeitslosigkeit im Auslande

In den letzten Monaten dieses Jahres sind im wesentlichen keine größeren Verschiebungen in den Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Bezeichnend ist, daß gerade die Siegerländer mit am meisten unter dem Druck der Arbeitslosigkeit leiden und von ihnen ist England von der Krise am heftigsten getroffen worden. Die wirtschaftliche Zerfahrenheit auf dem Weltmarkt und Englands großes Interesse an seiner Gesundung dürften wohl am ehesten mit dazu beitragen,

daß man Deutschland von den wirtschaftlichen Fesseln befreit, in denen es sich befindet. Solange der wirtschaftliche Druck mit den Reparationszahlungen auf Deutschland lastet, wird der Weltmarkt von seinen starken Krisenerscheinungen sich nicht freimachen können. Die Arbeitslosenziffern sind den Statistiken des Monats Mai entnommen.

Belgien: Nach den Berichten von den anerkannten Arbeitslosenlisten mit insgesamt 604 827 Mitgliedern waren am 2. Mai 1924 oder 1,8 Prozent gänzlich und 33 133 oder 5,5 Prozent teilweise arbeitslos, gegen 9414 oder 1,5 Prozent bzw. 33 509 oder 5,5 Prozent im Vormonat und 1 Prozent im Mai 1924.

Frankreich: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser eingetragenen Arbeitsuchenden betrug am 30. Mai 10 023 (6313 Männer und 3210 Frauen) gegen 12 189 im Vormonat und 7817 Ende Mai 1924. In der letzten Woche des Monats Mai vermittelten die Arbeitsnachweiser 24 478 Stellen und verschafften außerdem 1873 eingewanderten Arbeitern Beschäftigung.

Großbritannien: Von den ungefähr 11 500 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren am 25. Mai 11,2 Prozent arbeitslos, gegen 11,2 Prozent im Vormonat und 9,5 Prozent am 26. Mai 1924. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Juni 1 247 300, das ist beinahe eine Viertelmillion mehr als um dieselbe Zeit im Jahre 1924.

Holland: Bei den Arbeitsnachweiser der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am 30. Mai 25 740 gelehrte männliche und 25 300 ungelehrte männliche Arbeitsuchende eingetragener. Die entsprechenden Zahlen waren am 11. April 30 840 und 31 800, Ende Mai 1924 25 180 und 27 500. Bei diesen Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die eingetragenen Arbeitsuchenden nicht immer arbeitslos sind und daß von den ungelerten Arbeitern ein Teil zu den Kurzarbeitern gerechnet werden muß.

Italien: Die Zahl der eingetragenen gänzlich arbeitslos betrug Ende März 142 552, die der teilweise arbeitslos 14 282. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 156 959 und 11 702, März 1924 218 740 und 21 749.

Verenigte Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 9039 Unternehmensumfragen in 52 Industrien mit 2 835 491 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im April um 0,1 Prozent zugenommen. Die Inbegriff des Beschäftigungsgrades (April 1923 = 100) war im April 1923: 92,1 Prozent, im April 1924: 94,5.

Menschen unter Menschen

„Die Arbeit“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Ostdeutschlands, bringt folgenden bezeichnenden Artikel, der keines Kommentars bedarf:

Heute, im Jahre 1925, ist es nicht ungefährlich, in der Öffentlichkeit über Arbeiternot zu sprechen, weil es zum guten Ton gehört, davon zu schweigen. Wer über Arbeiternot spricht, ist einseitig, ist radikal oder gar Sozialdemokrat. So will denn auch ich nicht in den Verdacht kommen, ein unzeitgemäßer Mensch zu sein, will nicht nörgeln und nicht kritisieren. Aber von Menschennot will ich sprechen, von Menschen, die unter Menschen leben. Und diesmal soll nicht von der sozialen Not der Armen in den Städten gesprochen werden, sondern von der Not solcher Menschenkinder, die auf dem Lande wohnen, draußen im Gottesacker, zwischen Feldern und Wäldern, zwischen Bergen und Tälern, zwischen rieselnden Bächen und blumenbesäten Wiesen. Höre:

Ein menschenfreundlicher Arzt lud mich ein, droben in den Glager Bergen das Dasein der Handwerker kennen zu lernen. Gern folgte ich ihm. Ich habe Gerhart Hauptmanns „Die Weber“ gelesen und auch die Aufführung gesehen. Ich bin damals tief ergriffen gewesen und hatte eigentlich die Genugtuung, daß diese Zeit zurückliegt. Ich ahnte nicht, daß heute noch dieselben Zustände vor-

„Merry Old England“

I.
Allgemeines.

Im Juli dieses Jahres unternahm eine Reihe führender Kollegen der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter dankenswerter Führung des Leiters der Staatl. Wirtschaftsschule Düsseldorf, Dr. Seelbach, eine Studienreise nach England, um sich an Ort und Stelle über die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Zustände zu unterrichten. Von unserem Verbandsvorsitzenden Karl Schmick und dem Verbandsredakteur Georg Wieber. Das Gesamtergebnis der Reise wird niedergelegt in Band 15 der „Bücher der Arbeit“, der in Kürze erscheinen wird.

Das englische Leben ist eine durch einen jahrhundertlangen Währungsprozeß entstandene Zusammenfassung von Individualismus und Tradition. Das starke eigenständige Bauernblut der Vorfahren hat sich gleichermaßen fortgesetzt in Politik, Händlertum, Industriekapitalien und Arbeiterkraft. Der sprechende landläufige Ausdruck dafür ist im gewöhnlichen Leben „Mein Haus ist mein Reich, mein Schloß“ das Drängen des Arbeiters auf Eigenheim und in der Wirtschaft das Vorherrschen des persönlichen Familienbesitzes über der unpersonlichen Aktiengesellschaft. Das Erben und Festhalten von Wärdensitten und Gebräuchen, die den Menschen des Kontinents manchmal selbst ammut, ist doch mehr als Nummernschanz. Es ist das bewußte Verankern von Form und Geist in dem, was den Vätern heilig war. Der englische Kapitalismus, dessen Prinzipien Adam Smith volkswirtschaftlich verankerte und der im Beginn des 19. Jahrhunderts der böse Geist Europas und das böse Beispiel für den Kapitalismus des Kontinents war, hat aber auch früher als der Kapitalismus des Festlandes nicht durch Paragrafen oder Gesetzesbestimmungen gezwungen, sondern aus eigener, nüchternen Tatsachenbetrachtung und Ermägung heraus in einigen Industrien eine Art Gemeinschaftsarbeit mit den Gewerkschaften geschlossen, deren Fundament in dem „Friedensvertrag“ mit den Metallarbeitern im Jahre 1898 liegt. Wir reden in Deutschland viel von „königlichen Kaufleuten“. Wir besaßen einen Franz Bröndel. Er starb ohne geistige Erben. England hat heute, in der Hochblüte des Kapitalismus, keinen Cadbury, der in Bourneville einen sozialpolitisch und arbeitsrechtlich hochstehenden Betrieb von 10 000 Arbeitnehmern beschäftigt. Er mag eine Einzelerscheinung unter dem engl. Unternehmertum sein. Bedauernd wert

für uns ist, daß wir in Deutschland nicht einmal eine solche Ausnahme sozialen Formate haben.

Das — man möchte sagen — oft hartnäckige Festhalten am Ererbten ist für die englische Industrie in dem gewaltigen Wettbewerbskampf, der um den Weltmarkt sich reißenden Industrieländer nicht ohne Folgen geblieben. Sie ist manchmal nicht mitgenommen. Sie ist nicht so gigantisch in die Höhe geschossen, wie die deutsche Industrie, in ihr stecke nicht so der mächtige Forscherdrang, der Natur durch die Chemie die letzten Siegel zu entreißen, wie in der deutschen chemischen Industrie; in ihr war nicht der deutsche faustliche Trost, bis „ans Ende“ vorzudringen, sie ist — man versteht recht — innerlich häuerlicher, enger begrenzt, auf die eigene Person mehr eingestell, langsamer vorwärtsschreitend, aber deshalb vielleicht doch auch innerlich kräftiger, nüchtern im Tag stehend und von klügerer Menschenbehandlung. Reibungen und Kämpfe sind dort genau so bekannt als in Deutschland; aber man vergleiche die Art der Kampfführung und das Drängen auf mögliche Schlichtung, um den Unterschied in beiden Unternehmertagen zu sehen. England ist das von Gott gezeichnete Land weniger Spindulstellen. Eine Kletterfigur wäre wahrscheinlich durch alle englischen Wikblätter gewandert, in Deutschland aber —

So tritt uns denn auch die geistige Form der Gewerkschaftsbewegung in einer Gestalt gegenüber, von der auch die deutsche manches lernen kann. Weniger in der Vertiefung ihrer Grundzüge in Mitgliederkreisen, darin sind ihnen die deutschen Gewerkschaften überlegen, als in der zähen Art, mit der der englische Arbeiter um sein Recht kämpft. Von einheitlicher Bewegung ist keine Rede. 1300 Organisationen überziehen das Land, nach Berufsgruppen gegliedert, von denen manche kaum bis 1000 Mitglieder zählen. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat nach dem Chartistenkampf der 40er Jahre in einer revolutionären Betätigung ihr Heil niemals mehr erblickt, sondern nur in kritischer gewerkschaftlicher Betätigung. Selbst die vom linken Flügel erstrebte Annäherung an Sowjetrußland bedeutet mit den Augen des Engländer gesehen, ganz etwas anderes als in Deutschland. Das Moskauer sich in englische gewerkschaftliche Angelegenheiten mischen könnte, wie das in Deutschland der Fall ist, erregte bei englischen Arbeitern, die wir sprachen, nur ein Kopfschütteln und die Antwort: „England bleibt England“, d. h. durchaus selbständig. Im allgemeinen liegt die Tendenz der englischen Gewerkschaftsbewegung, auf die wir später noch zu sprechen kommen, sehr nahe bei dem Gedanken unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Energetische Interessensvertretung, selbst mit Kampf, aber nicht Klassenkampf. So war denn auch die Ausnahme bei den englischen Gewerkschaften, besonders bei den Kollegen der Eisen- und Stahlindustrie und der Messingarbeiter in Birmingham sehr herzlich.

Alle Stellen, mit denen wir sprachen, drückten ihre Sorge aus um die zukünftige Wirtschaftsgestaltung Englands. Englands größtes soziales Problem ist seine Arbeitslosenfrage, die mit einer Zahl von 1,3 Millionen seit 2 Jahren den englischen Wirtschaftsmarkt drückt. Der gewonnene Weltkrieg bedeutet vielfach eine verlorene wirtschaftliche Position. New York hat heute als Finanzzentrum London abgelöst; Frankreich ist politisch gefährlicher als Deutschland es ja war und die durch die Reparationszahlungen bedingte größere wirtschaftliche Anspannung Deutschlands hat einen äußerst scharfen Kampf um die Weltmarkttütertruppe zur Folge. Englands wirtschaftliche Größe vor dem Weltkrieg beruhte auf der politischen Ruhe in den wichtigsten Märkten und in den dauernd steigenden Preisen auf dem Weltmarkt als Folge der Flüssigkeit des Geldmarktes. Heute erkennt man in englischen wirtschaftlichen Kreisen an, daß der englische Handel nur prosperieren kann, wenn die drei Grundbedingungen: Friede, Kapitalexpert und Geldflüssigkeit vorhanden sind. Nun sind durch den Krieg zwar die Produktionsmöglichkeiten gewachsen, denn gerade die Exportindustrien sind durch den Krieg erweitert worden. Aber die Absatzmöglichkeiten sind nicht gewachsen. Die Kapitalausfuhr hat fast aufgehört, England verbraucht seine Zinsen zur Zahlung des Einfuhrüberschusses und zur Erwerbslosenfürsorge, die politische Ruhe ist einer starken Unsicherheit und Schwankung gewichen. Das Unternehmertum sucht die Kostenverteilung der Produktion durch Lohnreduzierungen wegzumachen. Sie arbeiten — wenn auch vornehmer — mit den gleichen Argumenten wie das deutsche Unternehmertum. Während vor dem Kriege die nationale Energie auf den Export ging, findet jetzt eine Konzentrierung auf den Binnenmarkt statt, dem es, genau wie in Deutschland, besser geht als dem Export. Aber vom Binnenmarkt allein kann auf die Dauer kein Industrievolk, und besonders das englische, nicht leben. Jedoch beim Ringen um den Weltmarkt, den der englische Export mitmachen muß, tritt erschwerend das deutsche Reparationsproblem in den Weg. Eine geeignete Lösung dieser Frage wächst sich immer mehr zur Existenzfrage für die englische Exportindustrie aus. Die englischen Gewerkschaftler, die „Labour party“, unter MacDonaldis Führung und namhafte Politiker streben sich dahin aus, daß das Dawesgutachten ohne feste Erschütterung der Weltmarktbeziehungen nicht durchzuführen sei. Die Arbeiter Deutschlands und Englands dürften an einer glücklichen Lösung dieser Frage wohl fast gleichermaßen interessiert sein. Jede Verschlechterung der Wirtschaftslage wird zunächst zu einem Ansturm auf Sozialpolitik und Arbeiterrecht vom Unternehmertum auszunutzen gesucht. Die Wirtschaft wird aber ohne eine gezielte Neuorientierung des Reparationsproblems nicht wieder ins Lot gebracht werden können.

Der 11. August

Ist der Verfassungstag des deutschen Volkes. Wenn wir dieses Tages gedenken, dann nicht aus irgendwelchen parteipolitischen Erwägungen heraus, sondern aus dem Gefühl, daß mit der Verfassung von 1919 der deutsche Arbeiter erstmals gleichberechtigt als Staatsbürger und Wirtschaftsmensch eingegliedert wurde.

Man sagt, daß wir die freieste Verfassung der Welt haben. Aber es kommt nicht allein auf die Form an, sondern viel mehr auf den Geist und auf die Gesinnung des Einzelnen, wie er am wirklichen Aufstieg und am sozialen Ausgleich des deutschen Volkes mitarbeiten will.

Der deutsche Arbeiter hat durch die Verfassung von 1919 eine Summe bedeutender Rechte erhalten. Aber damit sind auch seine Pflichten gewachsen gegenüber sich selbst und gegenüber der Gesamtheit. Ultralinke und ultrarechte Strömungen wollen den Arbeiter von seinem wirklichen Betätigungsfeld abziehen in das Gebiet politischer Phrasenlogie. Die deutsche Arbeiterschaft kann ihre durch die Verfassung gewährleisteten Rechte nur dann behaupten, wenn sie sich ihrer Aufgaben voll bewußt ist.

handen sind. Armselige, kleine Hütten im Gebirge und an den Hängen sind ihre Wohnungen. Die Hütte ist meist nicht ihr Eigentum. Eine Familie, die eine Hütte als ihr Eigentum nennt, gilt als wohlhabend. In den meisten Fällen besteht die „Wohnung“ aus einem einzigen Raum und ist zugleich Arbeitsraum, hier steht der Handwerker. Frau und Kinder bereiten die Garne der Webstuhl. An diesem steht der Sonnenaufgang bis zum Dunkel der Abenddämmerung vor. Der Wochenverdienst ist gut verdient — 8 (acht) Mark. Die Hauptmahlzeit der Familie ist Kartoffelkuchen mit Margarine gebacken und schwarze Roggenbrühe (Kaffee?). Die Tuberkulose ist „hypothetisch eingetragen“ bei diesen Menschenkindern. Sie sind widerstandlos gegen jeden Krankheitsfall. Viele namhafte Verleger, für die diese Leute jahraus, jahrein arbeiten, sind reiche Leute geworden. Mehr darf man nicht sagen, sonst ist man „unten durch“.

Mein Arzt, der Menschenfreund, erzählt mir: Heute kam ein Arbeiter zu mir, furchtbar zugerichtet, und teilte mir folgendes mit: Er habe mit seinem Arbeiter einen Wohnstreit gehabt. Da habe er ihn gefündigt und wegen Unbotmäßigkeit aufgefordert, sofort die Wohnung zu räumen. Es sei überdies dunkel geworden, und er habe das elektrische Licht angebracht, da sei der Arbeiter, ein „herr Leutnant“, hereingestürzt und habe mit ein paar Handgriffen die ganze Lampeninstallation herausgerissen und in Gegenwart seiner Familie den Mann verprügelt. Als er sich zur Wehr setzte, wurde er aus der Wohnung gerissen, an den Händen gefesselt, mit Füßen getreten, mit Stöcken von dem Arbeitgeber und seinem Beamten bearbeitet, in ein altes Spinnhaus eingesperrt und, als der Mann um Hilfe schrie, von außen durch das Gitter mit mehreren Eimern Wasser beschüttet. Der Arzt gab mir folgenden schriftlichen Gutachten:

Medizinisches Zeugnis.

Der Arbeiter Stefan Doshnoff, Dominium kommt heute in meine Behandlung mit der Angabe, durch Mißhandlungen mehrfache Verletzungen erhalten zu haben. Bei n. d. rote Flecken an der linken Seite des Kopfes. Das linke Ohr ist rot, blaurot, am oberen Ansatz eingerissen, mit Blutkrusten. Ein Schneidezahn ist gelodert. 16 rote Flecken und Striemen an Brust und Hüften, an beiden Armen. Zwei offene blutende Wunden auf der Beugefläche des rechten Handgelenkes. Breite Hautabschürfungen um das linke Handgelenk herum. Druckenempfindlichkeit der Magengegend. Die Verletzungen sind ohne Zweifel verursacht durch Faustschläge, Stockschläge, Fußtritte, die Verletzungen an den Handgelenken wahrscheinlich durch Fesselung mit Stricken. D. ist 12—14 Tage infolge der Verletzungen arbeitsunfähig.

Menschen unter Menschen! Weiter: Ein Bauerngutsbesitzer sitzt 28 Jahre auf seinem 120 Morgen großen Gute. Seine Ehe ist kinderlos. Er verkauft sein Anwesen, weil seine Frau leidend ist. Die Inflation und der Krieg machen ihn zum armen Manne. Er wird Wirtschaftler auf einem Gute. Acht Jahre tut er seine Pflicht, nur ist er 65 Jahre alt und mittellos. Der Arbeitgeber entläßt den Mann, um einer „besten“ Arbeitskraft Platz zu machen. Auf das unsoziale Verhalten aufmerksam gemacht, antwortet der Besitzer: „Mein Gut ist doch keine Versorgungsanstalt für alle Leute.“

Wirtschaftliche Rundschau

Gründung eines Stabeisenverbandes.

In der Sitzung der Stabeisenwerkwerke, in welcher alle zum Stabeisenverband gehörenden Werke vertreten waren, wurde die Bildung eines Stabeisenverbandes beschlossen. Der Verband tritt am 1. August für die Dauer von fünf Jahren für das In- und Auslandsrecht in Kraft. Mit einer Gruppe von Werken, welche 75 Prozent der gesamten Stabeisenherzeugung vertreten, wurde in der Verteilungs- und Berechnungsfrage Übereinstimmung erzielt.

Die Gründung des Walzdrahtverbandes mit sofortiger Preiserhöhung!

Der deutsche Walzdrahtverband ist nunmehr auf fünf Jahre endgültig abgeschlossen worden und nimmt sofort seine Tätigkeit auf. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Hoberger vom Krupp-Konzern gewählt. Die Preise werden eine mäßige Erhöhung erfahren. Mit der Kölnener-Gesellschaft soll eine Einigung wegen der Beteiligung zustande gekommen sein, während mit der Gußstahlwerk-Witten-V.G. noch verhandelt wird.

Die Autoindustrie in U. S. A.

Die Zahl der in der nordamerikanischen Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten wird mit 329 563 Köpfe angegeben, die an Löhnen bzw. Gehältern 547 215 700 Dollar bezogen. Das Durchschnittsgehalt eines Arbeiters beträgt jetzt 1660 Dollar pro Jahr. Das in dieser Industrie investierte Kapital betrug am 31. Dezember v. J. 1 691 050 112 Dollar. Es wurden im letzten Jahre 3 243 285 Personenzüge und 374 317 Lastwagen abgesetzt. Der große Absatz der nordamerikanischen Automobilfabrikanien ist nicht nur auf die außerordentlich günstigen Zahlungsbedingungen, die dem Käufer eingeräumt werden, sondern auch auf die ständigen und erheblichen Verbilligungen, die gegen das Jahr 1923 20 Prozent beträgt, zurückzuführen. — Die deutsche Automobilindustrie sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

Die Zahl der deutschen Konturze

betrug im Monat Juni 1925 rund 766 gegenüber 815 im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913. Auch gegenüber den Vormonaten

hat sich die Zahl der Konturze vermindert; so wurden im Monat Mai 807 Konturze gezählt. Damit wurde bis jetzt für 1925 ein gewisser Rekord erreicht, der sich im Juni auf 766 abgeplacht hat. Von den Konturzen entfallen im Monat Juni auf die Industrie 262, auf den Warenhandel 408, auf die Banken 3 und auf die Landwirtschaft 9.

Wenn man bedenkt, daß allein im Warenhandel die Zahl der Händler um 150 bis 200 Prozent über dem Friedensstand liegt, kann bei einer solchen Konturzezahl von einem wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht die Rede sein.

Verbandsgebiet

Köln. Unsere Stadt feiert in diesem Jahre ganz besonders viele Feste. Ein Fest versucht, das andere zu überbieten. Aber die imposanteste Kundgebung, die in diesem Jahre in Köln abgehalten worden ist, wurde von der christlichen Arbeiterschaft gemacht. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Kartells der christlichen Gewerkschaften wurde ein christlicher Gewerkschaftstag in Kölns Mauern abgehalten, der trotz des regnerischen Wetters einzig in seiner Art war.

Am 1. Uhr mittags versammelte sich auf dem Neumarkt der Festzug, dessen Teilnehmerzahl mit 20 000 nicht zu hoch geschätzt sein dürfte. 15 Festwagen und eine Menge historischer Gruppen brachten ein abwechslungsreiches Bild in diese gewaltige Arbeiterschare, die sich durch die Straßen bewegte.

Vorne aber, an der Spitze des Festzuges, fuhr in einem besonders schön mit Blumen und Girlanden geschmückten Wagen der Senior der gesamten Kölner Arbeiterschaft, unser Kollege Georg Döring, mit seinen Getreuen Joh. Becker, Peter Panquet und Joh. Wittersheim. Als der Festzug sich dem Messefeld näherte, nahmen die Alten den Vorbeimarsch ab. Stürmische Jubelrufe aus der Teilnehmermasse brauchten immer und immer wieder unserem Georg Döring entgegen. Besonders war es die gewaltig große Schar der Metallarbeiter, die ihrem alten „Georg“ besonders begeistert jubelte.

Es war und sollte für Georg Döring ein Tag der Ehre sein, den die Kölner christlichen Gewerkschaften ihm bereitet haben. Ihm, der unter Sorgen und Mühen die heute so starke christliche Kölner Gewerkschaftsbewegung als erster mit geschaffen hat. Ihm sei darum auch an dieser Stelle ein besonderes Wort des Dankes gesagt.

Selbst die Gegner unserer christlichen Gewerkschaften haben heute Achtung vor uns. Die „Kölnische Zeitung“ und mit ihr der Stadtanzeiger sprechen davon, daß es „ein Schauspiel war, wie es Köln lange nicht mehr gesehen hat“. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ sagt: „Trotz des ungünstigen Wetters war die Beteiligung am Festzug groß und heizt dabei, daß die Kundgebung der christlichen Gewerkschaften, die mit der Feier am Sonntag zum Ausdruck kam, gezeigt hat, daß eine recht beträchtliche Zahl von Arbeitern dem christlichen Gewerkschaftsideal noch anhängen.“

Kollege Dörings Werk in Köln marsch! und am Sonntag ist ihm in feierlicher Weise von den Jungen das Versprechen gegeben worden, sein Lebenswerk auszubauen, zu fördern und zu stärken.

Kalk. Dieser Tage fand in Köln-Kalk eine Versammlung der Dreher von der Firma Humboldt statt, in der über die miffligen Verhältnisse dieser Branche ein arges Klagebild gezeichnet wurde. Bezüglich der Entlohnung herrschen dort haarsträubende Zustände. Die Kalkulation ist so gemacht, daß mindestens 50, oft sogar 100 und 200 Prozent „draufgelegt“ werden müssen, um den Tariflohn

zu erzielen. Es ist schon vorgekommen, daß für eine Arbeit, für die 1,65 Stunden kalkuliert waren, schließlich 8,50 Stunden bezahlt werden mußte, und dazu noch 1 Stunde für Einrichtung zugerechnet wurde, damit der Arbeiter auf seinen Lohn kam.

Die Arbeiter stehen in ständigem Kampf mit Kalkulation und Betriebsleitung. Wer den ständigen Streit scheut, verdient nichts. Besonders schlimm werden diejenigen Dreher getroffen, die erst neu angefangen haben. In der Regel kommen diese Leute an die älteren Wänke, obendrein fehlt es an geeignetem Werkzeug. Die Folge davon ist, daß sie ganz miserable Löhne erzielen. Ein Mann, der nach 1 1/2 Tag wieder den Staub von den Füßen schüttelte, verdiente die horrende Summe von 2,65 M pro Tag. Ein anderer, sehr tüchtiger Dreher, der früher schon bei Humboldt und bei anderen großen Firmen arbeitete und überall ein anständiges Verdienst erzielte, arbeitete 5 Wochen und verdiente im Durchschnitt die „Kiesensumme“ von 55 M pro Stunde.

Der Wechsel von Drehern ist so stark, daß die begründete Vermutung ausgesprochen wurde, es hätten im letzten Jahre mehr Leute angefangen und aufgehört, als zurzeit dort beschäftigt sind.

Hat ein Dreher durch sein energisches Vorgehen eine Erhöhung des Preises bewirkt, so bleibt dieser erhöhte Preis nicht etwa bestehen, sondern bei der nächsten Vergebung ist der alte Preis wieder auf der Karte, wenn nicht gar noch ein Abzug erfolgt ist. Durch diese Zustände hat sich die Firma Humboldt einen gewissen „Nahm“ erworben. Nicht bloß in Köln, sondern in der ganzen Umgebung bis Siegburg und Bonn wird durch die Leute, welche dort zu arbeiten anfangen und die Verhältnisse kennen gelernt haben, das „Loß“ der Firma gesungen.

Bei Verhandlungen weist die Firma nach, daß die tariflichen 15 Prozent Ueberverdienst erzielt werden. Allerdings unter welchen Umständen ist aus der Aufstellung nicht ersichtlich.

Es wurde nun die Frage aufgeworfen, wie ist da Abhilfe zu schaffen. Ein Kollege traf das Richtige, der als Hauptursache das schlechte Organisationsverhältnis der Dreher nannte. Ueberhaupt müssen die Kollegen eine Wandlung mit sich selbst vornehmen.

In der gleichen Versammlung wurde konstatiert, daß von einem Teil der Arbeiter eine Menge Ueberstunden gemacht werden. In einer Lohnung, d. h. innerhalb 10 Tagen wurden 20, 21, 25, 27, 28, 30, 34, 36, 38, 42, 44, ja sogar 50,2 Ueberstunden verrechnet! Es wurde den Leuten von den anwesenden Organisationsvertretern klipp und klar gesagt, daß als erste Vorbedingung zu einer Besserung eine geregelte, tarifmäßige Arbeitszeit und der Eintritt in die Organisation zu nennen sei.

Wenn die Kollegen nicht etwas Zusammengehörigkeitsgefühl und ein klein wenig Opfermut aufbringen können, wenn sie glauben, den Organisationsbeitrag sparen zu können und mit Ueberstunden sich über Wasser halten wollen, dann ist ihnen eben nicht zu helfen. Solchen Kollegen kann nicht eindringlich genug ans Herz gelegt werden: Schließt die Reihen, sorgt zunächst dafür, daß die tariflichen Löhne bezahlt werden, dann erst kann daran gedacht werden, eine Verbesserung dieser Löhne herbeizuführen.

Bekanntmachung

Am Sonntag, den 16. August, ist der 34. Wochenbeitrag fällig.

Da in dieser Nummer noch eine Reihe in Beziehung zur Generalversammlung stehender Zuschriften veröffentlicht werden mußten, konnten das Heftchen und die Fortsetzung der in voriger Nr. begonnener Artikel keine Aufnahme mehr finden.

Betriebsrationalisierung u. Betriebszusammenarbeit

Heute spielen in der wirtschaftlichen Betätigung drei Probleme vorzüglich eine Rolle: die Rationalisierung der Wirtschaft überhaupt, die Rationalisierung des Betriebes, die Zusammenarbeit im Betrieb.

Die Gesamtwirtschaft ist aus dem gewohnten Lauf des Ineinandergreifens der verschiedenen Teile gekommen. Unsere Waren sind teurer als die des konkurrierenden Auslandes, trotzdem die Löhne niedriger sind; unsere Produktionsmengen sind bedeutend kleiner als in der Vorkriegszeit, trotzdem unser Produktionsapparat größer ist; der Unkostenballast ist riesig geblieben, trotzdem der Umsatz zurückgegangen ist; Wechselorderungen können häufig bei Verfall nicht honoriert werden, trotzdem der Einzelkäufer keine Waren bar bezahlen muß; wir haben schlechten Geschäftsgang und 100 Prozent mehr Handelsgewerbetreibende als im Frieden; jeder klagt, nicht beiseite zu können und trotzdem haben wir nur 50 Prozent der Konturze der Friedenszeit. Alles das sind Zeichen einer anomalen Wirtschaft, deren Ursachen der Konjunktur zu tragen hat.

Das Gefährliche in Deutschland ist, daß wir den Ballast unproduktiver Wirtschaftszweige

mit herumschleppen und dadurch den wirtschaftlichen Prozeß verteuern. Das Zweite ist, daß wir in manchen Produktionsbetrieben erst langsam zu einer Umfassung über die Notwendigkeit einer gewissen Einheit und Gleichheit (Normierung, Typisierung) für bestimmte Formen innerhalb der Produktion (bei Maschinen, Werkzeugen usw.) kommen. Die Inflation hat viele Anlässe geschaffen. Dit sind: statt die Betriebe technisch zu vervollkommen, lehrplattliche Verwaltungshäuser und Direktionsstellen gebaut worden. Man glaube an neuen Maschinen sparen zu können, weil man die überaus billige Menschekraft hatte. Die Volkswirtschaft hat den Schaden davon

Die Rationalisierung des Betriebes ist gleich wichtig. Wenn man heute darüber spricht, denkt man an Ford und seine Methoden. So gewiß ist, daß die Ford'sche Arbeitsmethode und kein nie leerlaufender Produktionsgang eine gewaltige Intensivierung und auch Verbilligung der Produktion bedeuten, ebenso sicher ist auch, daß sich die Ford'sche Methode nicht schematisch auf jedes Land und noch weniger — vorläufig wenigstens — auf jeden Betrieb übertragen läßt. Was für die Schaffung eines Massenartikels, sei es Auto, jetzt schon Flugzeug, Lampen, Zünder, Akkumulatoren usw. erreichbar ist, vermag schon bei der Schaffung schwerer Maschinen selbst wenn auch die Methode Ford's nicht überall angewandt werden kann, so gibt es doch, durch rationale Methoden eine größere Intensivierung des Arbeitsprozesses zu erreichen. Man denke nur einmal an die Standardfrage der Betriebe. Wieviel Zeitverlust, wieviel überflüssige Kosten verursacht ein nicht logisch nebeneinander aufgestauter Betrieb. Kosten, die natürlich entweder im Preis erscheinen oder sich im Lohndruck bemerkbar machen. Dann die Frage der sogenannten unproduktiven Kräfte, die in der deutschen Industrie wesentlich langamer und weniger zahlreich abgebaut wurden als die produktive Arbeiterschaft. Auch nach der rein technischen Seite hin ist vieles Verbesserungsbedürftig. Es ist kein Zweifel, daß z. B. im Gegensatz zu unserer Eisenindustrie unsere Metallindustrie nach mancher Seite hin noch erheblich rückständig ist (Industrie- und Handelszeitung Nr. 450, 1925).

Diese beiden Gesichtspunkte bedürfen für unsere deutsche Industrie allergrößter Aufmerksamkeit. Es ist nicht zu leugnen, daß neben manchem Guten, was die letzten wissenschaftliche Betriebslehre brachte, sich auch wieder Schattenseiten zeigten. Und dazu typisch deutsche Schattenseiten. Man geht vielfach von einem am grünen Tisch festgelegten Prinzip aus und wagt häufig alles in eine Finanzkontrolle, wo man durch Härte von Aufsichtspersonal, Zwangsmaßnahmen usw. eine „erhöhte Arbeitsreue“

und eine erhöhte Produktionskraft erzielen will. Der Arbeiter wird gewissermaßen analysiert auf seine Arbeitsreue untersucht, paragrafisiert und wieder zusammengesetzt. Vielfach scheint das Ideal zu sein: Je weniger Mensch, desto besser für den Arbeitsprozeß. Das neue amerikanische System, der sogenannten Fordismus, geht von der Wirklichkeit aus.

Der Arbeiter ist nicht ein Muskelier, sondern ein Wesen von Geist und Leib.

Deshalb muß nach zwei Seiten geschaut werden: Im Arbeitsprozeß will man den höchsten sachlichen mit dem höchsten persönlichen Rhythmus vereinigen, man will auch im Arbeiter die Persönlichkeit antreiben. Zweitens will Ford der geistigen Einbindung im Produktionsprozeß, die mit der fortschreitenden Einseitigkeit der Mechanisierung gegeben ist, die geistige Auslösung nach der Wertarbeit entgegenstellen durch Herabsetzung der Arbeitszeit; hohen Lohn, gute Wohnungsverhältnisse. Vor allem aber will er die Energie und Schaffensfreude des Arbeiters hoch halten durch eine kameradschaftliche Betriebszusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Diese Betriebszusammenarbeit ist von den drei angegebenen Problemen sicherlich eine sehr notwendige aber auch schwierige Frage.

Hier ist der Punkt, in dem U. S. A. uns Deutschland anscheinend voraus ist. Nicht als ob der amerikanische Kapitalismus an sich humaner, sozialer und gemeinschaftlich denkender wäre als etwa der deutsche. Vielfach ist das gerade Gegenteil der Fall. Aber in den Beziehungen von Mensch zu Mensch ist die Sache in Amerika wesentlich anders. Dort gilt der Mensch, seine Leistung, sein Können. Die Handarbeit erfreut sich höchster Achtung. Jeder Industriekapitän war Handarbeiter. Dazu kommt die enge, nicht zu unterschätzende Verbindung in den Klubs, in der der Arbeiter neben dem höheren Beamten sitzt, sofern beide auf dem Betätigungsfeld des Klubs etwas leisten. In Deutschland entscheidet meistens zunächst der Stand die Klasse, der Titel. Der Handarbeiter gilt als etwas Zweitrangiges. Der Selbmademann der deutschen Industrie selbst galt lange Zeit nicht für gesellschaftsfähig, und wohl in bewußter Opposition gegen diese Umschau lehnten Hjalmer, Kirckorj und Stinnes Orden und staatliche Titel ab. Aber die scharfe Trennung der einzelnen Stände ist auch tiefer zu finden. Der Betriebsassessor kennt den Arbeiter auf der Straße nur flüchtig, im Betrieb patriarchalisch von oben herab. Ausnahmen bestätigen die Regel. Wie sich der höhere Angestellte trägt, will sich sehr oft der niedere räuspert. Distanz vom Arbeiter hatten! Sich nicht mit dem Arbeiter verwechseln lassen! Man ist doch ein anderer Stand! Wer gibt sich überhaupt die Mühe, sich in die Seele des Arbeiters zu versetzen? So schafft man künstliche Schranken im Betrieb selbst und wälzt Bände über „Volksgemeinschaft“. Es gibt Worte, an denen sich der Deutsche heraustricht; das Wort „Volksgemeinschaft“ ist auch so eins. Der Deutsche redet immer am meisten von dem, was er nicht besitzt und was er in Wirklichkeit zu besitzen sich auch meistens sehr wenig anstrengt.

Heute wird von gewisser Stelle oft von „Volksgemeinschaft“ geredet; das Wort klingt nicht übel, aber die Luguren lächeln heimlich, wenn sie es in den Mund nehmen. Mit Hilfe dieser „Gemeinschaft“ will man zunächst die Arbeiterschaft von ihrem gewerkschaftlichen Selbstbewußtsein weglassen, um dann ein desto leichteres Spiel zu haben. Das ist das Gegenteil von Betriebszusammenarbeit. Es zeugt von wenig psychologischem Verständnis für die Arbeiterschaft, wenn man ihr zumutet, bei hartem Lohndruck, bei Kampf gegen ihre Rechte, bei oft nicht würdiger Behandlung große Arbeitsreue und Arbeitslust an den Tag zu legen. Wenn trotzdem heute in vielen Industrien ein bedeutender Stand der Produktion erreicht ist, dann ist das allein auf das Konto der Arbeiterschaft zu setzen. Die „Betriebszusammenarbeit“ hat dazu nur selten beigetragen. (Schluß folgt.)